



Grünes Bündnis  
Postfach 6411  
Neubrückestrasse 17  
3001 Bern  
Tel. 031 301 82 09  
Fax 031 302 88 78  
info@gbbern.ch  
www.gbbern.ch  
PC 30-37923-6

# gb.links

- PISA: Es besteht Handlungsbedarf
- Abstimmungen: Für einen guten Service public
- Verkehrsversuch in Köniz



Interview mit dem Bildungsexperten Thomas Meyer zur neusten PISA-Studie

## «Ergebnisse schreien förmlich nach integrativer Volksschule»

Der Bildungsexperte Thomas Meyer fordert, dass man die segregativen Strukturen auf der Sekundarstufe I überdenkt.

Die neuste PISA-Studie hat die Diskussion über die Selektion in der Schule neu entfacht. Als wichtigstes Resultat wertete der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz, Hans-Ulrich Stöcklin, dass die Selektion, also die Wahl des Schulmodells, für den Schulerfolg nicht so ausschlaggebend sei, wie dies bisher angenommen wurde. Stimmt diese Interpretation?

Wenn man die kantonalen PISA-Testmittelwerte als Massstab nimmt, dann stimmt das. Die Mittelwertsunterschiede zwischen den Kantonen sind aber relativ geringfügig, die sollte man nicht überbewerten. Viel entscheidender scheint mir bei diesen kantonalen Auswertungen etwas anderes: der Einfluss der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler auf den Bildungserfolg ist nämlich um so grösser, je selektiver das kantonale Bildungssystem ist.

Je grösser die Bücherwand zu Hause, desto grösser die Bildungschancen – warum spielen die soziale und kulturelle Herkunft und das Geschlecht für den Schulerfolg immer noch eine so grosse Rolle?

Die erwähnte Selektivität ist sicher ein Faktor. Selektion benachteiligt immer die Gleichen. PISA-Testländer mit integrativen Volksschulmodellen erzielen in der Tendenz homogenere und bessere Leistungen. Hinzu kommt, dass die Leistungsbeurteilung in den Schweizer Schulen nicht standardisiert und transparent ist. Das öffnet der Beurteilungswillkür Tür und Tor. Aus der Forschung weiss man zum Beispiel, dass in der Volksschule Schweizer Mädchen bei gleicher Leistung im Durchschnitt um rund eine halbe Note besser bewertet werden als Ausländerknaben.

Bezüglich Chancengleichheit besteht in den Schweizer Schulen zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine grosse Kluft. Wie beurteilst Du nun die vom Grossen

Rat verabschiedete Bildungsstrategie in Bezug auf die Verbesserung der Bildungschancen?

Grundsätzlich finde ich gut, dass Chancengleichheit als strategisches Ziel in der Bildungsstrategie verankert worden ist. Das ist unabhängig von der konkreten Umsetzung ein ganz wichtiges Signal. Auf der Umsetzungsebene nimmt der Kanton ja dann auch einige bildungspolitische Vorstösse zur Förderung der Chancengleichheit auf, u.a. auch vom Grünen Bündnis, etwa mit dem Schulversuch Basisstufe, dem Projekt «Integration» zur Umsetzung von Artikel 17 des Volksschulgesetzes oder auch mit den Förderungs- und Ausbauplänen in den Bereichen Tagesstrukturen und Schulsozialarbeit.

Welche konkreten Massnahmen müsste der Kanton Bern ergreifen, um tatsächlich allen Kindern den Schulerfolg zu sichern? Der grosse blinde Fleck ist meiner Meinung nach die Selektion beim Übertrittsverfahren in die Oberstufe – übrigens nicht

nur im Kanton Bern. Hier werden meines Erachtens integrative Ansätze auf Primar- und Sekundarstufe teilweise wieder zunichte gemacht, neutralisiert. Die Ergebnisse von PISA und anderen Untersuchungen schreien förmlich danach, dass man diese segregativen, selektiven Strukturen auf Sekundarstufe I überdenkt, im Interesse einer integrativen Volksschule, welche die Chancengleichheit durchgehend bis zum Ende der Bildungslaufbahn fördert.

Interview: Corinne Schärer, GB-Grossrätin

Thomas Meyer ist Bildungssoziologe und Leiter des Forschungsprojektes TREE, der ersten nationalen Längsschnittuntersuchung zum Übertritt von Schweizer Schülerinnen und Schülern ins Erwachsenenleben (www.tree-ch.ch).

AZB 3000 Bern 1  
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### gb.links

- Sa, 18.6., 14 Uhr, Waisenhausplatz Bern. Gesamtschweizerische **Grossedemo «Wir sind die Schweiz»**. Wir alle, die in der Schweiz leben, sind die Schweiz. Unabhängig von unserer Herkunft, unserem Pass und von unserem Aufenthaltsstatus. Weitere Infos unter: [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch)
- Di, 21.6., 20 Uhr, gb.Sekretariat, Neubrückstrasse 17, Bern. AG Ökologie Spezial zum Thema **«Mobilfunkantennen – Gefahren und Handlungsmöglichkeiten»**.

Einführung in die Grundlagen der Nicht-ionisierenden Strahlen (NIS) und den Stand des Wissens zu deren Gefahren von **Fredi Bürgi**, Physiker und anerkannter NIS-Experte ([www.arias.ch](http://www.arias.ch)). **Sabine Gresch** und **Martina Dvoracek** informieren über die Ansätze des «sanften Mobilfunks» und die bisherigen politischen Vorstösse in der Stadt Bern und im Kanton Bern. Anschliessend Diskussion und Überlegungen, was auf politischer Ebene, Öffentlichkeitsarbeit usw. weiter getan werden kann.

● 25.–30. Juli, Genf. **Anti WTO-Aktivitäten: «Generalrat der Menschen dieser Welt»** (General Council of Peoples) während des Treffens des WTO-Generalrats. Nähere Infos unter: [www.stoppgats.ch](http://www.stoppgats.ch)

**Talon**

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

- Ich möchte mich in der **Anti-AKW-Kampagne** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Ökologie** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Bildung** engagieren.
- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

### gb.tipp



Bevor die Ersten in die wohlverdienten Ferien reisen, bedanken wir uns vom gb.seki bei allen, die sich in den letzten Wochen für das GB engagiert haben. Sei dies beim Verteilen von Flyern, bei Standaktionen, beim Versenden des gb.links, in einer Arbeitsgruppe oder auf welche Art auch immer. DANKE für eure Mithilfe!

In den nächsten Tagen steht aber neben Badi und Bräteln auch noch einiges auf der politischen Agenda: Am Samstag, 18. Juni findet die nationale Kundgebung mit dem Motto «Wir alle, die in der Schweiz leben, sind die Schweiz» statt. Treffpunkt ist um 13.30 Uhr vor dem Sekretariat der Grünen am Waisenhausplatz 21. Kommt zahlreich!

Auch für die Initiative «günstig wohnen» des Mieterverbands machen wir uns nochmals stark. Unterschreibt noch heute die Initiative auf dem beigelegten Unterschriftenbogen und schickt diesen – auch wenn er nicht vollständig ausgefüllt ist – rasch zurück!

Und noch eine Information in eigener Sache: das nächste gb.links erscheint erst nach den Sommerferien am 19. August.

### gb.bewegt

- Frauenpolitik**  
Montag, 5. September, 19 Uhr, GB-Sekretariat
- Ökologie**  
Dienstag, 5. Juli, 20 Uhr, GB-Sekretariat
- Internationales und Migration**  
Kontakt: Stefanie Gass, internationales-migration@gbbern.ch
- Bildung**  
Montag, 20. Juni, 19 Uhr, GB-Sekretariat

**Nationale Politik**  
Kontakt: Anne Wegmüller, Tel. 031 301 82 09  
**Leitender Ausschuss**  
Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, GB-Sekretariat

**Impressum**  
Redaktionsschluss gb.links 6/2005: 5. August.  
Redaktion: Monika Hächler, Natalie Imboden.  
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

# Stadt und Land ziehen an einem Strick



Zukunftsweisende GB-Aktion: Der rote Teppich für die FussgängerInnen war erfolgreicher als der rote «Zebra-streifen» entlang der Fassade des Burgerspitals.

Zwei Drittel der BernerInnen haben den Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler angenommen. Dieser überzeugte sowohl auf dem Land, wie auch in den Agglomerationen. Die Versorgung im Gesundheitsbereich ist für alle eine zentrale Frage. Dank dem Volksvorschlag erhält der Kanton ein neues Spitalversorgungsgesetz mit Verbesserungen in zwei zentralen Punkten. Die neuen regionalen Spitalzentren bleiben in öffentlicher Hand. Eine rein private Trägerschaft ist ausgeschlossen. Eine schleichende Privatisierung auf Kosten des Personals und der Randregionen ist damit nicht möglich. Wegweisend ist auch die Absicherung der Anstellungsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen – mehrheitlich Frauen – durch Gesamtarbeitsverträge.

## Absage an bürgerliche Deregulierungs- und Privatisierungsversuche

Die bürgerliche Grossratsmehrheit muss

eine arge Schlappe einstecken. Im Parlament hat sie Kompromissanträge nicht unterstützt. 13 mehrheitlich grüne GrossrätInnen haben damals gegen das Spitalgesetz gestimmt. Daraufhin haben die Personalverbände und Gewerkschaften den Volksvorschlag lanciert. Sie haben nun von der Berner Bevölkerung Unterstützung erhalten. Nach den Volks-Nein zum Olympia-Projekt und zum Ausbau der Flughafenzufahrt Belp hat die StimmbürgerInnen wiederholt die bürgerliche Grossratsmehrheit korrigiert.

## Kinderbetreuung gehört auch zum kantonalen Service public

Wenn Stadt und Land am gleichen Strick ziehen, können sie den Kanton sozial gestalten ohne gegenseitig ausgespielt zu werden. Diese Erfahrung soll auch für die familienergänzende Kinderbetreuung nutzbar gemacht werden. Hier stehen die Zeichen auf Sturm. Der Kanton hat bei der Finanzierung neuer Kinderbetreuungsplätze ein Moratorium erlassen, obwohl er zum sechsten Mal schwarze Zahlen schreibt und dank der Verteilung des Nationalbankgoldes auf einen Schlag 2 Mia. Franken erhält. Die Nachfrage nach mehr Plätzen in Kindertagesstätten, Tageschulen und weiteren Betreuungsangeboten ist nachgewiesen und dies längst nicht mehr nur in den Städten. Auch in den Gemeinden sind Eltern darauf angewiesen, für die Betreuung ihrer Kinder gute Lösungen zu finden, damit sie Erwerbsarbeit und Familie verbinden können. Dass es in diesem Bereich auch im internationalen Vergleich äusserst schlecht bestellt ist, zeigte jüngst eine Studie des WEF-

Forums. Der Vorschlag der Regierung einer «massvollen Vereinheitlichung der Angebote» bedeutet, dass der sinnvolle und notwendige Ausbau in den Regionen auf Kosten der Städte, besonders der Stadt Bern erfolgen soll. Statt dass sich Städte und Gemeinden im Kanton gegenseitig neue Kinderbetreuungsplätze streitig machen, ist es sinnvoller, gemeinsam für genügend Finanzen zu kämpfen. Denn Kinderbetreuung gehört zu einem guten Service public wie die Gesundheitsversorgung. Zürich hat in der Gemeindeordnung neu verankert, dass die Stadt gemäss Nachfrage ein breites Angebot an Kinderbetreuung vom Säugling bis zum Ende der Schulpflicht zur Verfügung stellen muss. Das Anliegen geht auf den Druck einer Volksinitiative der Grünen zurück und wurde von zwei Dritteln der StimmbürgerInnen unterstützt. Grüne Politik ist auch im Sozialbereich nachhaltig und das Zürcher Beispiel für den Kanton Bern nachahmungswürdig.

## Erfreuliches Ja zum neuen Bahnhofplatz

Bern erhält einen neuen Bahnhofplatz mit einer sichereren Verkehrsführung, Verbesserungen für den Langsamverkehr und kürzeren Wegen für FussgängerInnen. Und dies alles geschützt unter einem Dach. Im Jahr 2008 können täglich 150 000 PendlerInnen davon Gebrauch machen. Wo künftig der Fuss-Weg durchgeht, haben GB-AktivistInnen während der Abstimmungskampagne mit dem roten Teppich bereits gezeigt.

Natalie Imboden



## Stromlobby setzt auf anachronistische Technologie

5 Mrd. Franken will die Axpo angeblich in die Stromversorgung investieren. Aber nur 100 Mio. – lächerliche 2% – in die erneuerbaren Energien. Stromversorger wie die Axpo oder die BKW reden von der Versorgungssicherheit wenn sie neue Grosskraftwerke propagieren. Diesbezüglich lässt das Beispiel Leibstadt grüssen. Aus Profitgier wurde dort die Leistung des AKW 2002 um 15% erhöht. Nun steht der Meiler still, wahrscheinlich weil der Generator durch die konstant höhere Leistung überhitzt wurde. Nur eine auf erneuerbaren Energien basierende dezentrale Stromerzeugung kann darum Versorgungssicherheit gewährleisten. Zumal alle Brennstoffe – die fossilen wie auch das Uran – in absehbarer Zeit zu Ende sein werden. Ein EPR (European Pressured Reactor) mit 1600 MW Leistung könnte frühestens im Jahr 2025 ans Netz. Dann soll er 60 Jahre laufen. Die bekannten Uranreserven reichen aber bei heutigem Verbrauch nur noch 70 Jahre! Der Uranpreis ist übrigens in den letzten 2 Jahren in ähnlichem Ausmass gestiegen wie der Öl- und Gaspreis. Die Lösung für die künftige Stromproduktion kann auch nicht in grossen Gas-Kraftwerken liegen. Gas ist als Zwischenlösung nur denkbar, wenn sie dezentral und unter der Bedingung der Wärme-Kraft-Kopplung eingesetzt wird. Immerhin hat inzwischen auch das Bundesamt für Energie zugegeben, dass die schweizerische Stromversorgung ohne Atomstrom möglich ist. Der Weg in die Zukunft mittels Effizienz und erneuerbaren Energien wird kürzer. Bernhard Piller, Schweizerische Energie-Stiftung, www.energiestiftung.ch

## gb.aktion

Das WTO-Abkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) bezweckt die vollständige Liberalisierung der weltweiten Dienstleistungsmärkte. Staatliche Regulierungen wie Beschäftigungs-, Umwelt- oder Gleichstellungsaufgaben können als sogenannte «Handelshemmnisse» dem GATS zum Opfer fallen. Gemeinden sind von solchen Zwangsregeln direkt betroffen, wenn Strom, Wasser, Abfallentsorgung, Kultur und Gesundheitswesen privatisiert und als Marktgüter den Global Players zugespült werden. Nun regt sich der Widerstand gegen diesen kaum kontrollierbaren Ausverkauf der kommunalen Leistungen. Immer mehr Gemeinden verlangen einen Stopp der GATS-Verhandlungen und fordern da, wo ihr Alltag betroffen ist, partizipative und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten. Das Grüne Bündnis unterstützt die Kampagne «GATS-freie Gemeinden». Link: [www.stoppgats.ch](http://www.stoppgats.ch)

## gb.zukunft

Nach dem erfreulichen Grundsatzentscheid der Grünen Freien Liste sowie des Grünen Bündnis für den Zusammenschluss zu einer Kantonalpartei Grüne Bern, haben die beiden Vorstände an einer gemeinsamen Sitzung die weiteren Schritte geplant: Eine erste Arbeitsgruppe wird ein Leitbild, die Statuten, einen Finanzplan sowie Vorschläge für die Organisation des Sekretariates erarbeiten. Eine zweite Arbeitsgruppe bereitet die Wahlkampagne für die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2006 vor. An regelmässigen gemeinsamen Vorstandssitzungen werden die Zwischenergebnisse der beiden Arbeitsgruppen und die notwendigen inhaltlichen Festlegungen getroffen. Das Ziel ist, bis im Frühjahr 2006 die für einen Zusammenschluss notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten und anschliessend den Mitgliedern der GFL und des GB vorzulegen.

## gb.intern

Heinz Ledergerber, Grüne Biel, ist per sofort von allen politischen Funktionen zurückgetreten. Er zog damit richtigerweise die Konsequenzen aus seinem persönlichen Fehlverhalten. Sein Handeln ist unverständlich und unverzeihlich. Hingegen verdanken wir seine jahrelange engagierte politische Arbeit.

## Köniz: «Fussgängerstreifenloses Ortszentrum» FLOZ

# Fussgängerstreifenballett oder roter Teppich?

«Weil der Fussgängerstreifen zu stark benützt wird, wird er aufgehoben!» Mit dieser Begründung wurde der Verkehrsversuch «Fussgängerstreifenloses Ortszentrum» (FLOZ) gestartet. Er sollte die Verkehrsprobleme im Ortszentrum von Köniz lösen. Die Grünen Köniz GB/GFL kritisieren als einzige Parteien den Versuch.

Seit der Bläuackerplatz neu gestaltet wurde, liegen sich Coop und Migros genau gegenüber, und dazwischen verläuft die Schwarzenburgstrasse mit 20 000 Fahrzeugen täglich. Fast ebenso viele FussgängerInnen queren seither die Strasse, und so kommt es im abendlichen Stossverkehr regelmässig zu Staus, in welchen auch der Bus stecken bleibt. Um den Stau zu verkleinern wurde mit dem Verkehrsversuch den FussgängerInnen das Vortrittsrecht entzogen: Die Fussgängerstreifen wurden aufgehoben, ein breiter Mittelstreifen aufgemalt und – nach Protesten – immerhin Tempo 30 markiert. Als Begleitmassnahme wurde an die Rücksicht der Autofahrer appelliert, während die FussgängerInnen aufgefordert wurden, sich mit Handzeichen und Blickkontakt mit den Fahrzeugenkenden zu verständigen. Als «Entschädigung» können die FussgängerInnen die Strasse nun queren wo sie wollen ...

## Einschränkung der Bewegungsfreiheit

Beim Betrachten der Situation fühlt man sich unweigerlich an Planungen der 60er Jahre erinnert, in denen die FussgängerInnen nicht existierten. Das Zentrum von Köniz präsentiert sich (wieder)



vom Verkehr zweigeteilt. Für Kinder sowie für geh- und sehbehinderte Menschen bedeutet die jetzige Situation eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Beim Überqueren der Strasse zu Fuss komme ich mir als «halb-illegal» vor.

## Applaus von den SeniorInnen

Die Grünen Köniz (GB/GFL) haben von Anfang an den Verkehrsversuch in der aktuellen Form kritisiert. Am grossen Einweihungsfest des neu gestalteten Ortszentrums nahmen wir die Gelegenheit wahr und präsentierten am Umzug ein «Fussgängerstreifenballett» mit einem mobilen Fussgängerstreifen. Ebenso führten wir die «Bläuackerlinde» mit, um auf die mangelnde Begründung des Bläuackerplatzes aufmerksam zu machen. Was eher ungewöhnlich ist bei GB-Aktivi-

täten: Am meisten Applaus ernteten wir von den älteren ZuschauerInnen.

## Abschaffung des Fussgängervortritts durch die Hintertür?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob mit diesem Verkehrsversuch (der in verschiedenen Städten durchgeführt wird) der Fussgängervortritt auf den Fussgängerstreifen durch die Hintertür wieder abgeschafft werden soll. Trotz diesen Bedenken muss man einräumen, dass das Modell «Mischverkehr» mit Tempo 30 auch positive Seiten hat und gewisse Vorteile bringen kann.

## Gelbe Streifen oder roter Teppich...

Unsere Position ist folgende: Die FussgängerInnen als schwächste Verkehrsteilnehmer müssen die Strasse auf speziellen Markierungen überqueren können. Entweder sind das – wie üblich – Fussgängerstreifen, oder aber die Fahrbahn wird mit einem roten Belag versehen und die Zone deutlich mit Tempo 30-Schildern signalisiert. Im Gemeindeparlament haben wir eine entsprechende Motion eingereicht, im Grossen Rat wird eine ähnlich lautende Motion folgen.

Hansueli Pestalozzi, gb.köniz

NB: Die in Köniz präsentierte bürgerliche Problemlösungsstrategie hat etwas Bestechendes an sich und wäre geeignet, die Verkehrsprobleme generell auf einen einzigen Schlag zu lösen, und das mit minimalem finanziellem Aufwand. Dazu müssen bloss die Vorzeichen vertauscht werden: Überall, wo eine Strasse zu stark durch den motorisierten Verkehr belastet ist, wird die Fahrbahn aufgehoben und die Strasse den FussgängerInnen überlassen...